

## **Sammlung**

der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der

223. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

vom 11. bis 13.06.25 in Bremerhaven

---

**TOP 77:            Auswirkungen der Einstufung als gesichert extremistische  
Bestrebung, insbesondere auf Beschäftigte im öffentlichen  
Dienst**

### **Beschluss:**

1. Die IMK bekräftigt, dass sie extremistischen Bestrebungen und damit verbundenen Gefahren für die Demokratie und die Innere Sicherheit entschlossen entgegentritt.
2. Sie unterstreicht die fortwährende Notwendigkeit eines eng zwischen Bund und Ländern abgestimmten Vorgehens zum Umgang mit durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) oder eines Landesamtes gesichert als extremistisch eingestuften Bestrebungen insbesondere im Hinblick auf das Personal im öffentlichen Dienst oder waffenrechtliche Erlaubnisse.